



Nr. 186.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Ercheinungswelfe: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Kleinspaltige Seite 20 Hg., Bestimmen 20 Hg. — Schlus der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Mittwoch 13. August 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Postgebühren M. 3.50 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarnbezirk M. 3.50, im Fernbezirk M. 4.00, Bestellgeld 50 Hg.

Die Kriegsgefangenenfrage in der Nationalversammlung.

* Weimar, 12. Aug. Am Regierungstisch die Minister Müller, Erzberger, Bell. — Abg. von Gräfe (D.-N.) fragt unter Bezugnahme auf Brestenachrichten, nach denen in englischen und amerikanischen Gefangenenlagern den deutschen Kriegsgefangenen mitgeteilt worden sei, daß eine beschleunigte Heimkehr nach Deutschland nicht gewünscht, ja sogar durch die Weigerung der deutschen Regierung, die Vorbereitungen des Abtransports in die Wege zu leiten, behindert werde: Ist die Reichsregierung bereit, darüber Aufklärung zu geben, welche Vorbereitungen zu einer raschen Rückkehr der Gefangenen, namentlich welche diplomatischen Schritte zu ihrer Rückkehr getroffen sind, um der weiteren Zurückhaltung der Kriegsgefangenen ein Ende zu bereiten.

Reichsminister des Innern Müller: In einem Teil der Presse ist in den letzten Tagen wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, die Regierung habe nicht alles getan, was zu tun möglich war, um die beschleunigte Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen zu ermöglichen. So bringt die „Deutsche Zig.“ vom 6. August ein Bruchstück aus dem Briefe eines in einem englischen Kriegsgefangenenlager befindlichen deutschen Witzfeldwebels, in welchem die Behauptung aufgestellt wird, daß folgender Befehl zur Bekanntmachung an die deutschen Gefangenen verlesen wurde: „Die britische Regierung wünscht, allen Kriegsgefangenen bekannt zu geben, daß trotz wiederholter Aufforderung an die deutsche Regierung noch keine Delegationen eingetroffen sind, um über die Maßnahmen für die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen zu beraten. Bevor diese Delegationen nicht eintreffen, um die Vorkehrungen für den Transport zu treffen, kann nichts getan werden. Nach andern Nachrichten sollen die eigentlichen Behörden in Malta den Gefangenen erklärt haben, die Schuld an der Hinausschiebung ihrer Heimkehr liege ausschließlich bei der deutschen Regierung, die in pflichtwidriger Weise keine Schritte zur Abholung der Gefangenen schide. — Die deutsche Regierung kann es voreerst nicht glauben, daß sich derartige offenkundige Entstellungen der Tatsachen in offiziellen Befehlen und Bekanntmachungen der englischen Behörden befinden. Sie hat daher unverzüglich Schritte unternommen, um den Sachverhalt zu klären und um Mithilfe zu schaffen. Im übrigen stellt die Regierung folgendes fest: Beim Abschluß des ersten Waffenstillstandes und fortlaufend bei den darauf folgenden Verlängerungen bis zum Friedensschluß in Versailles ist unablässig versucht worden, die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen zu veranlassen. Einen Erfolg aber haben diese Bemühungen nicht gehabt. Die erste Anerkennung der selbstverständlichen Pflicht, die Kriegsgefangenschaft nicht in Sklaverei ausarten zu lassen, findet sich in Artikel 214 des Friedensvertrages, welcher ausdrücklich festsetzt, daß die Heimkehr der Kriegsgefangenen selbst nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages erfolgen könne. Der Vertrag tritt aber erst in Kraft, wenn er von den gegnerischen Hauptmächten ratifiziert ist. Bisher ist die Ratifikation in diesem Umfang noch nicht erfolgt. Der Vertrag ist also noch nicht in Kraft getreten und darauf können die alliierten und assoziierten Mächte formell ihre Weigerung stützen. Gleichwohl war die deutsche Regierung bemüht, das Los der Gefangenen zu lindern und ihre frühere Heimkehr zu ermöglichen. In einem Teil der feindlichen Presse ist das Verlangen aufgestellt worden, die Kriegsgefangenen zum Wiederaufbau zurückzubehalten. — Minister Müller gibt dann einen Überblick über die wiederholten Vorstellungen bei der Entente und der in dieser Angelegenheit überreichten Noten und fährt fort: Solange die Hauptkommission, die im Friedensvertrag vorgesehen ist, ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen hat, ist der Abtransport der Kriegsgefangenen nicht möglich. Die deutsche Abordnung zu dieser Kommission sei bereits seit Beginn der Friedensverhandlungen in Versailles, während die Ententeabende ihre Vertreter noch nicht ernannt haben. Die Schuld kann unmöglich die deutsche Regierung treffen. Jetzt wird von Kreisen, die die Leiden unserer Kriegsgefangenen politisch auszuschlagen bestrebt sind, immer wieder behauptet, die deutsche Regierung lasse es an dem nötigen Nachdruck fehlen. Mit den Angehörigen der Kriegsgefangenen, mit dem gesamten deutschen Volke weiß sich die deutsche Regierung eins in der schärfsten Betrübnis der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen. Aber die Regierung verfügt nicht über die Macht und nicht über die

Mittel, um die Leidenszeit der Kriegsgefangenen abkürzen zu können. In einer Sitzung am 1. August 1919 hat der deutsche Vertreter Freiherr v. Versner neuerlich darum gebeten, endlich auf die Kriegsgefangenenfrage einzugehen. Minister Doucœur hat versprochen, dem Präsidenten Clemenceau sofort Vortrag hierüber zu halten. Das Reich ist nach wie vor aufs äckerste bestrebt, den hunderttausend unglücklichen Familien ihre Väter, Männer und Söhne so schnell wie möglich wieder zu geben. Sie hoffen auf die Einsicht unserer Kriegsgefangenen Landsteute, daß sie sich nicht verführen lassen, solche Ungeheuerlichkeiten zu glauben, als läge der Reichsregierung nichts an ihrer Heimkehr, ja als wünsche sie dies nicht. Es gibt keine Partei und kein Finanzproblem in dieser Frage des Volkes. Mit den schmerzlichen Angehörigen will sie nicht rechten, so ungerecht manchmal diese Aussprüche auch sind. Aber politische Ausschlichtung dieses nationalen, gemeinsam zu tragenden Unglückes weist sie mit Entrüstung von sich und weiß sich darin eins mit allen Kreisen des Volkes, denen das Schicksal unserer Gefangenen warm am Herzen liegt! (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Abg. v. Gräfe zur Ergänzung der Anfrage: Der Herr Reichsminister Müller hat in Beantwortung meiner Frage es für nötig gehalten, in seiner Antwort... (Präsident Ehrenbach unterbrechend: Sie haben nur das Wort zur Ergänzung der Anfrage und nicht zu irgend einer kritischen Bemerkung.) Dann richtete ich die Frage an den Reichsmin. Müller, wen er damit gemeint hat, wenn er von Leuten gesprochen hat, die diese Frage politisch ausschlagen wollten. (Lachen und Zurufe: Sie, Sie bei den Soz.)

Reichsminister Müller: Ich meine damit die schamlosen Blätter, wie die „Deutsche Zig.“, die in ihrer Ausgabe vom 8. August solche Behauptung bringt, und diejenigen Kreise, die sich mit diesen schamlosen Verleumdungen identifizieren. (Beifall links, größere Unruhe rechts.)

Beginn der Beratungen der großen Finanzgesetze.

* Die deutsche Nationalversammlung begann gestern mit der ersten Beratung der großen Finanzgesetze, die durch eine Rede des Reichsfinanzministers Erzberger eingeleitet wurde. Der Minister erklärte, wir mühten angeht das größte Finanzelends, das je die Welt gesehen habe, ein durchdachtes Steuersystem aufstellen, um Ordnung zu schaffen. Dabei müsse von manchem liegewardenen Zustand Abstand genommen werden. Bevor er zu den Steuerfragen überging, wies er auf dringende Aufgaben hin, die finanziell und wirtschaftlich von größter Bedeutung seien: 1. die Schaffung einer deutschen Handelsflotte in freier Selbstverwaltung unter genügender Kontrolle des Staats; 2. die Hilfeleistung für unsere Auslandsdeutschen mit Reichsvorschußen und 3. die Besserstellung unseres Beamtenstandes; denn ein unverschuldeter Beamtenstand sei eine sehr gute Kapitalanlage. Zu den Steuerfragen übergehend sagte Erzberger, es mühten jährlich 25 Milliarden neue Steuern aufgebracht werden, wenn wir den Staatsbankrott vermeiden wollen, der die untersten Schichten am allerschwersten treffen und zwei Drittel des gesamten Privatvermögens vernichten würde. Um dem dadurch verursachten Zustand des gesamten Wirtschaftslebens und Hunger zu entgehen, müsse die vollkommene Umgestaltung der Steueranlage im Sinne höchster Gerechtigkeit kommen. Die schwebende Schuld, die früher vielleicht 1 Milliarde betragen habe, sei heute auf 76 Milliarden angewachsen. Um die Schuld herabzumindern, müssen neue Einnahmequellen geschaffen werden. Bis die Erbschaftsteuer in Kraft trete, würden jeden Tag 2 Millionen M durch diese Verzögerung für das Reich verloren gehen. Gegen die Kapitalflucht müssen schärfste Maßregeln ergriffen werden. Aus Zürich sei der Regierung folgendes Inserat zugesandt worden: „Große Vermögen von Deutschland nach der Schweiz bejorgt ein schweizer Herr unter Garantie“. Das Inserat war vom Zusender mit dem Vermerk versehen worden: „Schläfst du, Brutus? Der betreffende Agent aber sei ein Ledemann und Hochstapler. Die bis jetzt in zweiter Lesung verabschiedeten Steuer Gesetze und die noch zu verabschiedende Erbschaftsteuer sollen etwa acht Milliarden einbringen. Um die 25 Milliarden aufzubringen, sollen dann die Einnahmen aus dem Reichsnotopfer, der Umsatzsteuer und aus der großen Reichs Einkommensteuer dienen. Aber selbst wenn ihre Sätze zu dem Höchstmaß erhöht werden,

so werden sie nicht ausreichen. Deshalb müssen auch indirekte Steuern auferlegt werden. Hierfür gehört die Erhöhung der Postgebühren. In Vorbereitung sei ein Gesetzentwurf über die Besteuerung der Mineralöle. Wenn die breiten Massen sehen, daß die finanzkräftigen Kreise bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit belastet werden, dann sei auch der Weg frei zu indirekten Steuern. Auch die Lebensmittel habe man nicht verschonen können; denn sie betragen 50 Prozent des Gesamtverbrauchs des Volkes. Die Vermögensabgabe werde uns in dem Bestreben unterstützen, die nötige Einfuhr zu Weltmarktpreisen zu sichern. Im Jahre 1918 habe Deutschland für 11 Milliarden M Waren eingeführt. Infolge der Entwertung unserer Valuta mühten wir heute dafür 33 Milliarden M bezahlen. Wenn die Entente die Hand auf die Einnahmequellen Deutschlands legen wolle, so würde sie sich in Widerspruch mit dem durch den Friedensvertrag geschaffenen Rechtszustand setzen und einen unerträglichen Eingriff in die Souveränität des Deutschen Reiches begehen. Für diesen Fall würde die Reichsregierung die Nationalversammlung vorschlagen, das Reichsnotopfer nicht auszuführen. Im übrigen habe das Reichsnotopfer neben der sozialen auch eine ethische Bedeutung. Jedermann müsse jetzt für das Volk arbeiten, und so werde das Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft gestärkt werden. Das Reichsnotopfer sei auch ein Sühnopfer für den mammonistischen Geist, der weite Kreise erfaßt habe. Mit der Durchführung der Reichssteuerorganisation werde der größte Schritt zur Schaffung eines einheitlichen deutschnationalen Staates gewonnen. Vor dem Krieg seien 35 Prozent bei einem Steuerbedürfnis von 5 Milliarden M dem Reich zugefallen, jetzt würden ihm 75 Prozent von 25 Milliarden zufallen. Die Einzelstaaten hätten das schwere Opfer des Verzichts auf die eigene Steuerverwaltung gebracht, aber das Opfer werde sich für beide Teile lohnen. Es sei notwendig, die gesamte Steuerreform noch im Laufe dieses Jahres zu erledigen. Die Steuern sollen für das deutsche Volk eine Wohltat werden, weil wir mit ihnen das schaffen können, was alle wollen: Ein neues, starkes deutsches Reich, aufgebaut auf Gerechtigkeit und Demokratie. Die Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Zur äheren Lage. Zur Auslieferungsfrage.

(W.B.) Amsterdam, 12. Aug. Laut „Allg. Handelsblat“ meldet „Sunday Times“: Trotz der Erklärung Bonar Law's im Unterhaus, daß die Alliierten ihren Beschluß bezüglich des vormaligen Deutschen Kaisers nicht geändert hätten, besteht Grund zur Annahme, daß das Verfahren nicht durchgeführt werden wird. Das Blatt schreibt, es sei kein Geheimnis, daß die Engländer mit ihren Forderungen nach Aburteilung des Kaisers allein stünden, und daß die amerikanischen Vertreter auf der Konferenz den Plan für unpolitisch und zwecklos gehalten hätten. Die Alliierten würden wahrscheinlich, um den Schein zu wahren, die Niederlande offiziell um die Auslieferung des Kaisers ersuchen. Die Niederlande würden sich ihrerseits offiziell weigern dies zu tun, und damit würde die Frage erledigt sein.

Frankreichs Trachten nach dem Saargebiet.

(W.B.) Versailles, 12. Aug. Der Friedensauschuss des Senates hörte in der gestrigen Sitzung den Bericht des Senators Lascases über den Völkerverbund. Alsdann sprach Senator Reynald über die Friedensbedingungen betr. das Saarrevier. Er sagte, daß im Augenblick die militärische Besatzung im Saarrevier gern gesehen sei und daß ihre Anordnungen von der Bevölkerung gebilligt würden. Wenn auch die Großindustriellen dem Alldeutschtum ergeben seien, zeige sich dennoch keinerlei Feindseligkeit gegen Frankreich. Die Regierung werde im Saargebiet durch 5 Personen verschiedener Nationalität ausgebildet. Da sei ein Problem, von dem man nicht voraussagen könne, ob es sich bewähren werde. Reynald vertritt die Ansicht, daß Frankreich im Saarrevier eine besondere wirtschaftliche Stellung einnehmen werde, die ihm jedenfalls einen größeren Einfluß sichern werde. — (Man merkt aus dieser Erklärung die französischen Begierden nur allzu deutlich.)

Besetzung von Malmedy durch die Belgier.

(W.B.) Malmedy, 12. Aug. (Savas. Reuter.) Die belgischen Truppen haben heute mittag Malmedy besetzt. — (Der Bezirk Malmedy ist rein deutsch, aber die Entente hat beschlossen, daß dieses Gebiet Belgien zufällt.)

1919.
nahme,
annes,
wleger-
fahren
gleiche
sondere
agenen
s, der
urdan,
für die
le auch
Leidens
tiefe-
hafer,
und
ath und
kundiger
starker Regel,
n, Gallenstein,
Lungenleiden.
10—1/2 Uhr
1/4—1/6 Uhr.
auer
ltburg.
rtäufner
ichenbach.
rdgingen.
ort oder später
dchen zu zwei
i Fr. Statb,
hlstraße 1.
chen
ren für sofort
ragen in der
Bl.
idchen
Landwirtschaft,
eten.
n“, Hirsau.
altung meines
en fache ich
ntritt ein
hen,
t hat.
Brenzheim,
str. 13.
Besuch.
asthaus wird
hin,
d hohen kann,
1. September
ohn und gute
äheres bei
Beil, Calw,
ffe 133.

Die Beziehungen zwischen der Entente und Rumänien.

Genf, 12. Aug. Die französische Presse hat im ersten Augenblick gegenüber den ungarischen Ereignissen offene Partei für die Rumänen genommen und die französische Regierung aufgefordert, den Rumänen freie Hand zu lassen. Seitdem hat sich offenbar etwas vollzogen, was die französische Presse zur Vorsicht mahnt. — Der „Petit Parisien“ schreibt in einer offiziellen Note heute wörtlich: „Die Beziehungen zwischen den alliierten Großmächten und Rumänien bedürfen der Auseinandersetzung. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß der Hohe Rat der Entente die rumänische Armee aufgefordert hatte, nicht in Budapest einzurücken, und daß die Befehlshaber dieser Armee durch die Mißachtung dieser Einladung mehrere Regierungen, insbesondere diejenige von Washington, verstimmt haben. Der Einzug des Königs Ferdinand in die Hauptstadt Ungarns wird ohne Zweifel die Mißstimmung nicht beseitigen. Der Wortlaut des Waffenstillstandsvertrags, den der rumänische Oberbefehlshaber dem Ministerium Weidl auferlegt hatte, ist von der Friedenskonferenz abgelehnt worden, und diese hat Donnerstag abend in einem Telegramm an die ungarische Regierung erklärt, daß sie diesen Waffenstillstand nicht anerkennt. Es ist zu fürchten, daß die rumänische Regierung dadurch, daß sie die hauptsächlichsten Stützquellen Ungarns für sich beschlagnahmt und infolgedessen die Ansprüche der Entente, der Tschechoslowaken und der Südslawen gefährdet, die Lage noch verschlimmert. Der Oberste Kriegsrat hat am Freitag die Beratungen über diese Angelegenheit fortgesetzt.“

Schwierige Lage der Entente im türkischen Gebiet.

(WB.) Bern, 11. Aug. Der „Temps“ erfährt aus sehr zuverlässiger Quelle, daß die mohammedanische Sekte der Wahabiten augenblicklich in sehr scharfem Konflikt mit dem König Hussein von Arabien steht und daß die Wahabiten unter Führung ihrer Hauptlinge sich in Zentralarabien nahe der syrischen Grenze zusammengedrängt haben. Auch in Armenien beginnen sich sehr kritische Zustände zu entwickeln. Der amerikanische Hilfskommissar für Armenien rüft im „New York Herald“ einen Alarmruf aus. Die beiden englischen Bataillone, die augenblicklich in russisch-Armenien sind, hätten ihre Rückzugsbewegung begonnen. Die Mohammedaner: und Kurden, die von den Jungtürken unterstützt würden, hätten sich längs der syrischen Grenze zu konzentrieren begonnen. Wenn der Befehl der englischen Regierung nicht zurückgezogen würde, würden die Mohammedaner in Armenien wieder beginnen, was dem amerikanischen Hilfsausschuß die Weiterführung seiner Tätigkeit unmöglich machen würde. Der Oberste Kommandierende der Alliierten in Armenien, der amerikanische General Macmillan hat, wie „New York Herald“ gleichfalls meldet, Clemenceau telegraphisch ersucht, seinen ganzen Einfluß bei der englischen Regierung geltend zu machen, damit sie ihre Bataillone nicht aus Armenien zurückziehe. — „Journal des Debats“ spricht von einer bevorstehenden Katastrophe in Wien. Die türkische Regierung sei vollkommen ohnmächtig. Wenn sie sich auf die Christen stütze, verliere sie sofort ihre Autorität bei den Mohammedanern; wenn sie sich auf die Mohammedaner verlasse, provoziere sie Feindseligkeiten der Christen.

Bermischtes.

Eine englische Flottenstation in Norwegen

* Berlin, 12. Aug. Wie „Daily Express“ der „D. Allg. Z.“ zufolge mitteilt, ist in Verwickelung in Norwegen mit Einwilligung der norwegischen Regierung eine englische Flottenbasis errichtet worden, von der aus die englischen Minensucher die 50 000 Minen ausfinden sollen, die gegen die deutschen U-Boote ausgelegt waren. Bisher sind 4500 Minen aufgestellt oder unschädlich gemacht worden. „Daily Express“ nennt die Errichtung der Flottenbasis eine der interessantesten Nachwirkungen des Krieges.

Der Rückgang der englischen Kohlen- und Eisenerzeugung.

(WB.) Amsterdam, 12. August. „Telegraaf“ meldet aus London, daß der Streik in Yorkshire noch immer anhält, ohne daß Anzeichen vorhanden sind, die auf eine baldige Beilegung hinweisen. Die Folgen dieses Streikes seien aus einer im Parlament gegebenen Mitteilung ersichtlich, wonach die Erzeugung der englischen Bergwerke in der letzten Juliwoche 2 597 854 Tonnen betrug gegen 4 806 933 Tonnen in derselben Woche im Jahre 1918.

Deutschland.

Vor einer abermaligen Erhöhung der Güter- und Personenverkehrsstarife.

(WB.) Berlin, 12. Aug. Zwischen Vertretern der deutschen Eisenbahndirektionen fanden Verhandlungen über die Frage statt, wie die großen finanziellen Verluste der Eiserbahnen ausgeglichen werden können. Diese Verluste sind bei allen beteiligten Eisenbahnen ganz außerordentlich hoch. Die Hauptgründe sind die dauernd steigenden Preise der Kohlen und der Betriebsmittel, ferner die hohen Löhne und Gehälter. Die Eisenbahnen müssen notgedrungen eine abermalige Erhöhung der Tarife eintreten lassen, um den Verlust auszugleichen. Eine solche Maßnahme wird im Handel und Verkehr sehr schwer empfunden werden, doch ist zu beachten, daß selbst dann, wenn die Preise der notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände demnächst sinken sollten, die Frachten und Fahrpreise bei weitem noch nicht in dem Maße erhöht sind, wie es die allgemeine Preissteigerung bedingt hätte. Wollte man die Tarife so hoch heraufsetzen wie es erforderlich ist, um den zu erwartenden Verlust in vollem

Ämtliche Bekanntmachungen.

Verkehr mit Desfrüchten.

Die Verordnung über den Verkehr mit Desfrüchten und daraus gewonnenen Produkten bestimmt, daß die Besitzer von Bsaaten ihre Bestände am 1. jeden Monats zuerst am 1. August d. J. zur Anmeldung zu bringen haben. Als Besitzer im Sinne der Verordnung gilt auch der mit der Verwaltung der Borräte von dem Eigentümer betraute Inhaber des Gewahrsams. Außerdem sind die nach diesem Zeitpunkt geernteten Mengen und jede Zunahme der vorhandenen Mengen am 1. jeden Monats dem Kommunalverband anzuzeigen.

Die Besitzer von Desfrüchten werden daher aufgefordert, ihre Bestände — erstmals am 1. September d. J. — bei ihrem Ortsvorsteher zur Anzeige zu bringen.

Bordrucke für die Anmeldung hierzu können die Herren Ortsvorsteher vom Oberamt beziehen; bemerkt wird dabei, daß ein Bordruck zu etwa 20 Anmeldungen für jede Fruchtart ausreicht.

Wer die ihm obliegende Anzeige nicht in der gesetzten Frist erstattet, oder wer wissenschaftlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht, wird gemäß der genannten Verordnung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehen der Borräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob die Borräte dem Täter gehören oder nicht.

Oberamt:
Gö.s.

Calw, den 11. August 1919.

Umfrage auszugleichen, so würde bei allen beteiligten Eisenbahnen im Durchschnitt eine Erhöhung der jetzigen Tarife um 100 Prozent nötig sein. Um eine allzu starke Mehrbelastung von Handel und Verkehr möglichst zu vermeiden und in der Hoffnung, daß mit Eintritt ruhigerer Arbeitsverhältnisse eine Besserung der augenblicklichen Lage eintritt, soll zunächst die Erhöhung nicht in diesem vollen Umfange in Aussicht genommen werden. Ueber die Durchführung der Erhöhung schweben noch Verhandlungen. Fest steht, daß sowohl Güterverkehr als auch Personenverkehr herangezogen werden müssen. Im Güterverkehr werden müssen, sowohl zur Erreichung des Ziels einer finanziellen Gesundung der Eisenbahn als auch deshalb, weil die Durchführung der Friedensbedingungen die durch den Frieden bedingte völlige Verschiebung der geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und der Fortfall der früher bei Einführung der betreffenden Tarife maßgebend gewesenen Voraussetzungen eine solche Maßnahme erforderlich macht. Unter den Vertretern aller beteiligten Regierungen herrsche über die grundsätzliche Notwendigkeit der Tarifierhöhung und ihrer möglichst beschleunigten Durchführung völlige Einigkeit.

Die Folgen des Streiks im oberhessischen Kohlenbezirk.

(WB.) Dresden, 12. Aug. Die Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen teilt mit: Da neuerdings wiederum in den oberhessischen Kohlenbezirken Ausstände der Arbeiter eingetreten sind, wird die ohnehin außerordentlich ungenügende Versorgung der sächsischen Staatseisenbahnen mit Kohlen so verschlechtert, daß bereits in den nächsten Tagen mit einer weitgehenden Einschränkung des Zugverkehrs, insbesondere der Personenzüge, gerechnet werden muß.

(WB.) Berlin, 12. August. Die Hauptpapierfabriken in Oberhessen in Ziegenhals und Kratz haben ihren Betrieb wegen Kohlenmangels und Transportbeschwerden völlig eingestellt.

Zum Hamburger Bankbeamtenstreik.

(WB.) Hamburg, 13. Aug. Zu dem Bankbeamtenstreik wird von der Zentralleitung mitgeteilt, daß auch der gestrige Tag eine Klärung der Lage nicht gebracht hat. Nachmittags waren Vertreter der Streikleitung zum Demobilisationskommissar geladen. Die Verhandlungen hatten jedoch nur informativen Charakter. Auch in Chemnitz und Dresden spitzt sich die Lage zu. Die Berliner Bankangestellten werden heute in zwei Versammlungen zu dem Hamburger Zustand und der Haltung der Berliner Bankleitung Stellung nehmen.

Die Bewertung der deutschen Kriegsflagge.

* Berlin, 13. Aug. Aus Danzig wird dem „B. L. N.“ geschrieben: Aus einem Schuppen wurde ein Sack gestohlen, in dem sich etwa 200 deutsche Kriegsflaggen befanden, die von einem deutschen Linien Schiff nach Kiel mitgenommen werden sollten. Arbeiter tauschten die gestohlenen Flaggen bei den im Hafen liegenden englischen Kreuzer gegen Tabak, Zigaretten und Seide ein.

Änderung des württembergischen Sporteltarifs.

(Schluß.)

Zu Tarif Nr. 15, „Beschwerden“. Die bisher schon — mit Recht oder Unrecht mag dahingestellt sein — bekämpfte und in Verwaltungssachen und Verwaltungsstrafsachen ist von 1 umstrittene Sportel für Abweisung von Beschwerden bis 150 M (Rahmen) auf 3 bis 400 M erhöht worden. Gewiß ist es Bedürfnis der Verwaltung und deshalb im Interesse der Allgemeinheit gelegen, daß unberechtigte, aus der Lust getriebene Beschwerden — man denke an Steuerfachen — durch den drohenden Sportelantrag zurückgeschreckt werden. Andererseits liegt im schwäbischen Volkscharakter, Verfügungen, Erlasse, Steuerzettel und dergleichen, die seitens der Behörden ergehen, einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Dabei wird der Bürger nicht selten in eine Lage kommen, wo er es für töricht hält, auf den Weg der Beschwerde zu verzichten. Die Möglichkeit für die Behörde, im Wege der Billigkeit eine Härte gegenüber dem abgewiesenen Beschwerdeführer zu vermeiden ist, wenn irgend wo so hier sicher angebracht und daher zu begrüßen.

Tarif Nr. 17 u. 18. Die Sportel bei Dienstanstellung, Beförderung, auf Ansuchen erfolgende Versetzung der

im öffentlichen Dienst stehenden Beamten, der Offiziere, Geistlichen und Lehrer hat eine Erhöhung um 100 Prozent erfahren. Die Sportelhöhe schwankt zwischen 2 M (künftig 4 M) und 100 M (künftig 200 M) und wird je nach der Höhe des Gesamtbetrags der pensionsberechtigten Bezüge des betreffenden Beamten usw. angelegt. Dasselbe gilt für die Bestätigungs sporteln des Ortsvorstehers und der übrigen Gemeindebeamten, die der Anstellungsgenehmigung staatlicher Behörden bedürfen.

Tarif Nr. 29. Fischerkarten. Die Sportel wird angelegt nach der Gültigkeitsdauer der Karte; bis zu einer Woche bisher 1 bis 5 M, jetzt 5 bis 15 M; bis zu einem Monat bisher 2 bis 10 M, jetzt 10 bis 30 M; bis zu einem Jahr bisher 3 bis 30 M, jetzt 15 bis 60 M; für jedes weitere Jahr bisher 3 bis 30 M, jetzt 15 bis 60 M. Für Berufsfischer usw. war bisher Herabsetzung der Sportel bis auf 2 M, jetzt ist solche nur noch bis auf 5 M jährlich möglich.

Tarif Nr. 35. Für Ausstellung von Legitimationskarten von Handlungsreisenden aus dem Reich, in- und von gleichgestellten Vertragsstaaten war bisher eine Sportel von 5 M anzusetzen. Jetzt beträgt diese 15 M. Für Reisende aus andern ausländischen Staaten bisher 25 M, jetzt 75 Mark.

Bei der Nr. 39. Jagdkarten werden angelegt: für eine Wochenkarte bisher 10 M, künftige 25 M, für eine Jahreskarte bisher 30 M, künftige 75 M.

Die Nr. 40, „Jagdpaßverträge“ erfuhr eine Ausdehnung auf Pachtverträge über Fischwasser. Diese sind den Jagdpaßverträgen durchaus gleichgestellt; statt bisher 2 Prozent werden 4 Prozent Sportel aus dem Gesamtpachtgeldbetrag der Pachtperiode angelegt. Der Mindestsatz ist statt bisher 1 M jetzt 10 M. Bei den Jagdpaßverträgen ist eine Nachholung der Sportelerhöhung vorgesehen für den Teil des Jagdpaßgeldes, der auf die Zeit vom 1. August 1919 bis zum Rest des Pachtzeitabschnitts entfällt.

Die Sportel auf Fischwasserpachtverträge ist ab 1. August 1919 nicht nur für Neuabschlüsse von Verträgen zu entrichten, sondern es werden auch die bestehenden Pachtverträge für den Rest der Pachtperiode besportelt.

Auch bei Tarifnummer 43, Kraftfahrzeuge — Erteilung von Führerscheinen, Zulassungsbescheinigungen usw. sind wesentliche Erhöhungen zu verzeichnen.

Die als Steuer zu betrachtende Abgabe der Nr. 49: „Luzussteuer“ hat eine Erhöhung um 100 Prozent erfahren. Nachträglicher Anlag der Erhöhung für den Rest des Kalenderjahres 1919 ist vorgesehen. Soll ein Pferd nicht als Luxuspferd gelten, dann muß es vorwiegend dem Verufe, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalte des Besitzers dienen.

Die fast ausschließlich für Beamte, Beamtenanwärter oder ehemalige Beamte in Betracht kommende Sportel der Tarif Nr. 56, „Prüfung“, und Nr. 98, „Zeugnisse“ ist ebenfalls erhöht worden. Die Erhöhung beträgt 60 bis 100 bis 200 Prozent.

Bei der Tarif-Nr. 60, „Reisepässe“, und Tarif Nr. 71 „Staatsangehörigkeit“ war der Erhöhung wegen entgegenstehender reichsgesetzlicher Bestimmungen Schranken gesetzt.

Tarif Nr. 62: „Saisonarbeiter“, d. h. unläubige ausländische Arbeiter ohne festen Wohnsitz haben bisher bei einem Tagesverdienst von 2 bis 3 M 4,50 M Sportel und bei einem solchen von mehr als 3 M 7,50 M Sportel für ein Jahr zu zahlen gehabt. Jetzt ist die Sportel abgeflacht nach Tagesverdiensten von bis zu 5 M, von 5 bis 8 M, von 8 bis 11 M und von mehr als 11 M; sie beträgt 9 M, 18 M, 36 M, und 72 M.

Die ausländischen unläubigen Arbeiter ohne festen Wohnsitz — meist Italiener — waren bis 1911 mit einer württembergischen Steuer nicht oder doch nur in den seltensten Fällen zu fassen. Die umständliche Veranlagung zur Einkommensteuer war hiezu durchaus ungeeignet. Das verhältnismäßig einfach durchzuführende Verfahren des Sportelanlasses hat es ermöglicht, daß die Saisonarbeiter gerechterweise zur Entrichtung einer Steuer herangezogen werden konnten. Der Ertrag dieser Steuer ist allerdings nicht bedeutend; an die Gemeindefasse des Veranlagungsorts fällt vom Sportelbetrag ein Drittel, immerhin sind der Staatskasse im Jahr 1919 54 373 M und 1914 51 429 M zugeflossen. Neu und wichtig ist die Verpflichtung des Arbeitgebers, der Steuerbehörde die bei ihm beschäftigten ausländischen Arbeiter anzuzeigen, den Steuerbetrag von deren Lohn abzuziehen und an die Staatskasse abzuführen. Hätte diese Verpflichtung schon früher bestanden, wäre zweifellos der Steuerertrag ein weit höherer gewesen. Viele dieser Arbeiter waren eben nicht mehr zu erreichen, als der Steuerertrag vor sich gehen sollte. Die Erhöhung der Steuer ab 1. August 1919 ist mittels nachträglicher Veranlagung für den Rest des Jahres 1919 nachzuholen.

Erhielt die Sportel für die „Genehmigung von Schaustellungen, von Singspielen, Vorzügen, theatralischen Vorstellungen usw.“ — Tarif Nr. 65 i. — sowie die Sportel für Genehmigung von Tanzunterhaltungen — Tarif Nr. 78 — Zuschläge in Höhe von 100 Prozent, so ist die logen. Betriebsabgabe, eine Lustbarkeitssteuer — sehr wesentlich gesteigert. War bisher von allen Veranstaltungen eine Sportel in Höhe von 3 Prozent der Rohentnahme zu erheben, so hat sich der Steuerfuß für theatralische Vorstellungen und Konzerte auf 10 Prozent, für die übrigen Veranstaltungen auf 30 % des Eintrittspreises, auch wenn der Eintritt nicht in Form von Lösung von Eintrittskarten erhoben wird, erhöht. In den Sportelatz von 30 Prozent des Eintrittspreises, mit dem die Kinematographen bereits seit 1. Juli 1919 durch das Gesetz vom 26. Juni 1919 bedacht sind, werden nunmehr auch alle übrigen Lustbarkeiten einbezogen außer den theatralischen Vorstellungen und den Konzerten. Diese haben es nach dem Entwurf weniger als die anderen Lustbarkeiten nur auf die Befriedigung der Vergnügungssucht und der Schauhaft des Wolls

ffiziere, Geist. ...
 4 M) und ...
 Höhe des ...
 Bestätigung ...
 Einbehalten ...
 den bedürfen ...
 Mittel wird an ...
 einer Woche ...
 einem Monat ...
 im Jahr bis ...
 weitere Jahr ...
 aufwärtiger ...
 2 M, jetzt ist ...
 imations ...
 dem Reich ...
 bisher eine ...
 15 M, für ...
 25 M, jetzt ...
 steht für eine ...
 Jahresrate ...
 eine Aus ...
 affler. Diese ...
 st; statt bis ...
 dem Gesamt ...
 Mindestsatz ...
 übertragen ist ...
 für den Teil ...
 guft 1919 bis ...
 ab 1. August ...
 zu entrichten ...
 träge für den ...
 ge — Erteil ...
 n usw. sind ...
 Nr. 49: „Lu ...
 ent erfahren ...
 des Kalender ...
 des Luxusper ...
 der Erwerb ...
 n. ...
 wärter oder ...
 der Tarif ...
 e“ ist eben ...
 bis 100 bis ...
 Tarif Nr. 71 ...
 wegen ent ...
 len geleht ...
 unständige ...
 haben bisher ...
 Sportel und ...
 ortel für ein ...
 abgestuft nach ...
 M, von 8 bis ...
 18 M, 36 M, ...
 fester Wohn ...
 mer württem ...
 ensten Fällen ...
 Einkommen ...
 hältnismäßig ...
 lages hat es ...
 zur Entric ...
 Der Ertrag ...
 die Gemein ...
 tag ein Drit ...
 13 54373 M ...
 ist die Ver ...
 die bei ihm ...
 den Steuer ...
 staatsstaf ...
 der Bestan ...
 erer gewese ...
 erreichen, als ...
 Erhöhung der ...
 her Verant ...

abgesehen. Der Steuerfuß von 10 Prozent wird deshalb nach dem Entwurf für ausreichend angesehen. Von der Betriebsabgabe sind nach wie vor befreit Vorträge, außerdem Wohlthätigkeitsveranstaltungen, ferner Veranstaltungen, die ausschließlich belehrenden oder religiösen, sowie höheren künstlerischen oder wissenschaftlichen Zwecken dienen, wenn der Ertrag der Veranstaltung nicht zur Erzielung eines Gewinns für den Unternehmer bestimmt wird.

Wegen des evtl. Uebergangs der Betriebsabgabe auf das Reich vgl. das oben Gesagte.

Der Sportel der Tarif-Nr. 77, „Strafbescheide der Verwaltungsbehörden bei Zuwiderhandlungen gegen die Zoll- und Steuergesetze“, die je nach der Höhe der angelegten Strafen von 1 M ab aufwärts ging, hat sich auf den doppelten Satz erhöht.

Auch die Sportel, die erhoben wird bei Verleihung der Rechtsfähigkeit an Vereine, Tarif Nr. 82 (bisher 25 bis 600 M) hat sich auf 50 bis 1000 M erhöht, während Satzungsänderungen (bisher 5 bis 300 M) jetzt mit 10 bis 500 M der Sportel unterliegen.

An Wirtschaftssporteln unterscheidet der Sporteltarif zwei Arten von Sporteln, und zwar Tarifnummer 94. I. Sporteln für die Erlaubniserteilung für Wirtschaften. Diese Sporteln, deren Höhe durch Gesetz vom 8. Juli 1912 wegen der ungerichteten Wirkung auf das Wittsgewerbe durchgreifend geändert worden sind, hat bei der Erhöhung wohl am glimpflichsten abgemildert. Die Sportel wird angelegt nach dem Gewerbesteuerkapital der zu konzessionierenden Wirtschaften. Die Sätze sind im großen ganzen dieselben geblieben wie die bisherigen, insbesondere ist für die kleinen Betriebe eine Erhöhung nicht vorgesehen. Dagegen hat die zweite Art der Wirtschaftssportel, nämlich die jährliche Sportel auf den Betrieb von Wirtschaftsgewerben eine bedeutende Erhöhung erfahren: nämlich für Gastwirte, Schenkwirte und Bierbrauer je nach Umfang des Betriebs von bisher 3, 5 und 8 M auf 10 M, 20 M und 30 M, für Branntweinleinverkäufer und Flaschenbierhändler von bisher 10 bis 60 M auf 20 bis 150 M.

Tarif Nr. 95. Die Sporteln auf Zahlungs- und Vollstreckungsverfügungen staatlicher Behörden wegen öffentlich-rechtlicher Ansprüche sind auf das 2½- bis Fache des bisherigen Satzes gestiegen. Es dürfte also in Zukunft nicht mehr rentabel sein, mit der Zahlung der Steuer im Rückstand zu bleiben, da die neuen Sätze doch recht empfindlich wirken dürften.

Die württemb. Regierung schätzt in der Gesetzesvorlage gegenüber dem bisherigen Ertrag von 1.100.000 M die Mehreinnahme aus den erhöhten Sätzen auf jährlich etwa 1 Million Mark, für 1919 beträgt die Mehreinnahme schätzungsweise 700.000 M.

Aus Stadt und Land.

Nachforschungen nach französischen Kriegsgefangenen.

In ganz Deutschland fahren seit Monaten französische Offiziere in Uniform in französischen Militärautos herum mit dem Auftrag, nachzuforschen, ob nicht irgendwo ein französischer Soldat noch an einer Arbeitsstelle oder in einem Lazarett zurückgehalten wird. Bestimmte Personen werden dabei nicht bezeichnet. Es handelt sich also um nichts weiter, als einen von den Franzosen über ganz Deutschland eingerichteten SchnüffelDienst auf unsere Kosten. Wie lange das noch so fort gehen soll, wissen wir nicht. Jedenfalls soll diese Methode dazu beitragen, die Zuneigung des deutschen Volkes für die Franzosen in erhöhtem Grade zu fördern.

Auch in Calw fuhr gestern ein solcher Beauftragter vor dem Oberamt und Stadtschultheißenamt vor, um sich nach etwa verloren gegangenen Landsteuern zu erkundigen, natürlich ohne Erfolg. Der Offizier sprach deutsch und soll seine Fragen in korrekter Form vorgebracht haben.

Die Reservistentruppen als Einwohnerwehren.

Nach einer zwischen dem Kriegsministerium und dem Ministerium des Innern getroffenen Vereinbarung werden die Reservistentruppen mit Wirkung vom 1. d. Mts. ab, zunächst unter Beibehaltung ihrer bisherigen Organisation als „Einwohnerwehr“ dem Ministerium des Innern unterstellt. Die bisherige Hauptstelle für Bearbeitung von Angelegenheiten der Res.-Sicherheitstruppen (Kriegsministerium, Abt. Gen.-Kom. Art. 2. d.) erhält die Bezeichnung „Hauptstelle für Einwohnerwehren Württembergs“ und befindet sich Stuttgart, Akademie, Rufnummer 10584. Die Res.-Sicherheitsverbände führen vom 1. d. Mts. ab die Bezeichnung „Einwohnerwehrgang“, „Einwohnerwehrgemeinschaft“, „Einwohnerwehrcorps“, „Einwohnerwehrcorps“, „Einwohnerwehrcorps“.

Lohnbewegung im Schneidergewerbe.

Der Verband der Arbeitgeber für das Schneidergewerbe in Stuttgart teilt mit, daß zurzeit eine Lohnbewegung im gesamten Schneidergewerbe eingeleitet hat. Die Arbeitnehmer haben an allen Orten neue Forderungen eingereicht, die im wesentlichen auf die Abschaffung der Stillschaltung und die Einführung des Zeitlohnes abzielen. Diesen Forderungen stehen die Arbeitgeber geschlossen ablehnend gegenüber. Die zentralen Verhandlungen der Hauptverbände des Allg. Deutschen Arbeitgeberverbands und der Gehilfenverbände haben am 21. Juli in München beschlossen.

Mittelmäßiges Wetter am Donnerstag u. Freitag.

Der Hochdruck behauptet sich. Am Donnerstag und Freitag ist trockenes und warmes, aber gewittriges Wetter zu erwarten.

(S. B.) Stuttgart, 11. August. Auf den Plattformen der Straßenbahnen sind in letzter Zeit wiederholt Fälle von Kleiderauffälligkeiten vorgekommen und zur Anzeige gebracht worden. Hoffentlich gelingt es endlich, des Täters habhaft zu werden.

(S. B.) Heilbronn, 12. Aug. Die hiesigen Kriegsbeschädigten, Kriegervitwen und -waisen haben in großer Anzahl durch einen Zug durch die Stadt und Neben vor dem Rathaus gegen die unzulänglichen Versorgungslage durch das Reich demonstriert und in einer Resolution an den Reichsfinanzminister ihre bezüglichen Wünsche zum Ausdruck gebracht.

(S. B.) Oertelheim, 12. Aug. Die seit letzten Dienstag vermisste 21jährige, ledige Fabrikarbeiterin Maria Luit von Sedelfingen ist auf hiesiger Markung als Leiche aus dem Neckar gezogen worden. Man vermutet, daß das Mädchen sich nicht selbst das Leben genommen hat. Ihr Bräutigam, mit dem sie kurz vor ihrem Verschwinden zusammengesehen worden ist, befindet sich bereits in Haft.

(S. B.) Wehingen, 11. Aug. Das vom Ministerium des Kirchen- und Schulwesens an die Stadtgemeinde gestellte Ansuchen, zu dem Betrieb des vorläufig auf den Staat übergegangenen Landestheaters einen jährlichen Beitrag von 500 Mark zu gewähren, wurde vom Gemeinderat abgelehnt, weil die vom Ministerium angeführte Voraussetzung, daß die hiesige Stadt vermöge ihrer Lage und Verbindung mit der Landeshauptstadt an den Vorteilen des Landestheaters in höherem Maße teil hat, nicht zutrifft, und weil nach der Anschauung des Gemeinderats der Grundsatz der Selbstverwaltung, der durch amtliche Rundgebungen für die Betriebe der Post und Eisenbahn angeknüpft ist, mehr noch beim Landestheater Anwendung finden sollte.

(S. B.) Weingarten, 12. Aug. Wie der „Oberschwäb. Anz.“ hört, soll die Regierung beabsichtigen, nach Weingarten und Friedrichshafen je 40 Mann Polizeitruppen zur Sicherung der Ruhe und Ordnung zu legen.

(S. B.) Waldsee, 12. Aug. Nachdem die Kontosse über die Rohseidenausfuhr aus der Schweiz nach Deutschland aufgehoben worden ist, also wieder mehr Rohseide aus Italien über die Schweiz herinkommt, kann auch die hiesige Seidenstoffweberei Emelius & Aehauer nach und nach den Betrieb in vollem Umfang wieder aufnehmen. Die ehemaligen Arbeitkräfte finden wieder ihre gewohnte Beschäftigung. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Bezirk bedeutend zurückgegangen und damit auch die anfänglich beängstigenden Ausgabensteigerungen. Die Ernte der Frühkartoffeln hat begonnen. Man kann solche zu 10 bis 15 S das Pfund haben.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Schöckler'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittelversorgung Calw.
 Buttermarke 2 kann eingelöst werden.
 Wer innerhalb 3 Tagen nach dem Ausschreiben seine Butter nicht abholt, verliert den Anspruch auf dieselbe.

Stadtgemeinde Calw.
 Es sind folgende **Alarmsignale in Brandfällen** festgesetzt worden.
 1. Bei Brandfällen in der Stadt werden in Abhängen sämtliche Kirchenglocken zusammengeläutet; außerdem werden auf den Straßen Hupensignale abgegeben (Alarm für die gesamte Feuerwehrmannschaft).
 2. Bei Brandfällen auf dem Lande wird die 12-Uhr-Glocke in Abhängen geläutet und es werden ebenfalls auf den Straßen Hupensignale abgegeben (Alarm für die 1. und 3. Kompanie).
 Calw, den 1. August 1919.
 Ortspolizeibehörde: Gähner. Feuerwehrkommandant: P. Georgii.

Stadtschultheißenamt Calw.
 Am Freitag, den 15. August können **Mahl- und Delschlagscheine** beantragt werden.
 Stadtschultheiß Gähner.

Concordia Calw.
 Donnerstag Abend **Singstunde.**
 Vollzähliges Erscheinen erwartet der Vorstand.

Donnerstag Abend **Tanzstunde** im Bad. Hof.
 Tanzlehrer Giacomino.

Mandoline schlach, zu verkaufen, Preis 35 M.
 Dochtermann, obere Marktstraße 24.

Mostansatz mit Süßstoff! Erste deutsche Marke zur Herstellung eines vorzüglichen Erntes- u. Hausstrunkes wie Apfelwein offeriert und liefert sofort Nr. 7 für 150 Liter Mk. 20.—
 „ 8 „ 100 „ „ 14.—
 „ 9 „ 50 „ „ 7.—
Mostansatz ohne Süßstoff:
 Nr. 4 für 150 Liter Mk. 19.—
 „ 5 „ 100 „ „ 12.50
 „ 6 „ 50 „ „ 6.—
 Kunstmost mit Heidelbeerzusatz u. mit Süßstoff für 100 Liter Mk. 17.— liefert, solange Vorrat, unter Nachnahme nur an Selbstverbraucher
 C. Fr. Köbele, Langenargen a. B.

Grasmähmaschine mit Getreidemäh-Vorrichtung, hat sofort preiswert abzugeben.
 G. Dongus, Mechaniker, Geshingen.
 Prima **Preß-Stroh** hat abzugeben
 Güterbeförderer Bauer.
 Kaufe sofort 500—1000 **Dachziegel.**
 Fr. Schwämmle, Zavelstein.

Hirsau.
Wiederholter Verkauf.
 Am Donnerstag, den 14. August, nachmittags 1½ Uhr verkauft im Auftrag in der Villa der Fräulein v. Gemmingen: **Gartenmöbel, Tisch mit 6 Stühlen u. Bänken, andere Tische, 2 Kästen, 1 Ruhesessel, 1 Badewanne, Bilder und Spiegel, 1 Partie Risten, sowie allgemeine Hausrat.**
 Liebhaber sind eingeladen.
 Stadtinventierer Kolb.
 Auch wird ein Blüthner Flügel verkauft.

Forstamt Wildberg.
Nadelstammholz= Verkauf.
 Am Dienstag, den 19. Aug. 1919, vorm. 9 Uhr in Wildberg, Osth. zum „Ostern“, aus Staatswald Schmelzlinge und Klosterwald: 531 Fichten, 10 Tannen, 1 Forche mit Langholz Fm.: 18 l., 80 ll., 104 III., 99 IV., 55 V., 8 VI. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion, O. f. H., Stuttgart.

Eine neue **Grasmähmaschine** mit Getreidemäh-Vorrichtung, hat sofort preiswert abzugeben.
 G. Dongus, Mechaniker, Geshingen.

Prima **Preß-Stroh** hat abzugeben
 Güterbeförderer Bauer.
 Kaufe sofort 500—1000 **Dachziegel.**
 Fr. Schwämmle, Zavelstein.

Verloren ging ein halber Meter **Stoff** zu einer Tasche und ein **Haarnetz.**
 Abzugeben geg. Belohnung bei Frau Hoferer, Gutleuthaus

Ugenbach.
 Eine ältere **Milch-Schaff-Ruh** täglich 7 Liter Milch gebend, verkauft
 Wurster, Schreiner.

Eine kleine, sommerliche **Wohnung** für 1—2 Personen (Gas und Elektr.) ist auf 1. Sept. oder 1 Oktob. zu vermieten.
 Fr. Herzog, beim Köhle.

Suche auf 1. September od. später eine **Wohnung** von 3 Zimmern mit Küche u. Nebenräumen für Familie von 2 Personen. Angebote unter W. 100 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Anfertigen v. Herren- u. Anabenanzügen, Wenden, Aendern und Flickern, Anfertigen v. Damen- u. Mädchenkleidern bei Sedelmeier, Schneidermeister, Lederstr. 163.

Lamavino
 ist ihnen gesichert trotz der **Getränknot** wenn Sie zur Bereitung von **Hausstrunk** Dr. Schweizers **Kunstmostsubstanz** verwenden. Dieses altbewährte Extrakt einfach mit Zucker im Mostsatz angelegt vergärt rasch zu einem alkoholhaltigen Getränk, das wie guter Obstmost schmeckt u. an Güte u. Bekömmlichkeit unübertroffen ist.
 150 L. 100 L. 75 L. 50 L.
 10.— 7.50 6.20 5.—
 Wer keinen Zucker zur Verfügung hat, nehme **„Lamavino“** mit künstlichem Süßstoff zur Herstellung eines alkoholfreien obstmostähnlichen Getränkes.
 150 L. 100 L. 75 L. 50 L.
 12.— 9.— 7.50 5.80
 in Kolonialwaren- und Konsum-Geschäften.
Nährmittelwerk Dr. Schweizer, Eplingen.

Dr. Klopfers **Kindernahrung** empfiehlt **Spar- u. Consumverein.**
Schnell
 zum nächsten Laden! **Es gibt wieder Pilo. Ausgezeichnet!**
Für die Einmachzeit:
 Einmach-Tabletten
 Einmach-Hülfe
 Salicyl-Papier
 Salicyl-Säure
 echte Korke
 echte Gummiringe für Werk u. f. w.
Ritter-Drogerie Calw
 a. d. Nagoldbrücke.

Oberreichenbach, 13. August 1919.



Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden meiner lieben unvergesslichen Frau, unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Barbara Kentschler,
geb. Kugele.

erfahren durften, für die tröstlichen Worte des Herrn Pfarrer Schmidt, für die zahlreiche Begleitung von Nah und Fern zu ihrer letzten Ruhestätte sagen herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Der Gatte: David Kentschler
mit seinen Kindern.

ABDA

Allgemeine Besich- u. Privat-Darlehen-Anstalt
Lammstr. :: Fahr in Baden. :: Ecke Kaiserstr. 80.
Geschäftstätigkeit:

Vorschussfreie Gewährung von Darlehen zu produktiven Zwecken gegen bequeme Ratenrückzahlung an Personen jeden Standes — Klein-Finanzierungen wirtschaftlich gesunder Geschäfte. — Kurze Kredite für einwandfreie Warentransaktionen. — Viele beglaubigte Dankschreiben beweisen die rasche, verschleierte u. für die Kunden angenehme Geschäftsabwicklung. Bekürzte Briefanschrift: ABDA, Fahr in Baden.

Kochtöpfe und Bräter

und sonstige Küchengeräte in Aluminium, Email, Eisen und feuerfestem Steingut

Fleischhackmaschinen, Reibmaschinen und Küchenwagen empfiehlt in großer Auswahl bei billigen Preisen

Fr. Wiedersheim, Eisenhandlung,
Weil der Stadt.

Tüchtige

Betreiber und Wiederverkäufer

bei sehr lohnendem Verdienst gesucht.

Friedrich Huber, Unterreichenbach.

Hohen Verdienst können sich Damen und Herren leicht verschaffen durch Abschluss von Versicherungen für eine

gemeinnützige Volksversicherung

mit anerkannt günstigen Bedingungen und Tarifen.
Angebote unter W 4196 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Karlsruhe.

Tausende bereiten sich aus Rufs Kunstmostrang mit Heidelbeerzutat und mit Süßstoff

einen guten Hanstrunk

die Flasche zu 100 Liter reichend, kostet M. 17.—
Viele Anerkennungen.

Rufs Heidelbeeren mit Zutaten kosten zu 100 Liter M. 35.—, wozu aber Zucker benötigt wird, mit Süßstoff kostet das Paket M. 3.50 mehr.

Teher sollte einmal einen Versuch machen.

Alleiniger Hersteller:

Rob. Ruf, Ettlingen, Heidelbeer-Versand.

Prima Bodentöl (kein Ersatz), Wagenfett, Vogel-futter, Stahlspäne, Bodenwachs, Seifenpulver, Seife, Kaffee (Quieta), Fleischsoda, Soda, Tafel-senf in Eimern à 10 Pfund und in Tassen, Bonbons, Hanfsambfäden, Ia. Mostausatz, Taschenmesser, Scheren, Wacero-Schuhnebel, Lederriemen, Schreib-papier in Mappen und Kassetten, Wolle, Nähfäden, Zigarren und Zigaretten empfiehlt

G. Wohlgemuth, Bad Liebenzell.

Geschäftsverlegung

Meiner werien Kundschaft, sowie einem geehrten Publikum vom Bezirk Calw, Behörden und Verwaltungen die Mitteilung, daß ich meine

Buchbinderei

nebst Kartonnagenfabrikation nach der

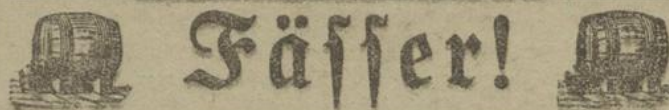
Biergasse (Gasthof z. Jungfer)

verlegt habe und empfehle ich mich fernerhin einem geneigten Wohlwollen.

Hochachtungsvoll

Buchbinderei Sikler

Händler's Nachf., Calw.



Fässer!

In nächster Zeit verkaufe ich etwige 100 Stück neue tadellose Eichenholz-Fässer

zirka 200 Liter haltend, ab Station Leonberg zum Preise von Mk. 110.—

Liebhaber wollen sich rechtzeitig schriftlich anmelden bei
Josef Koca, Leonberg, Telefon Nr. 59.

Sämtliche

Seilerwaren

liefert in nur prima Qualität

Karl Rohler junior, Hanfseilerei

Altensteig Dd. Nagold

Spezialgeschäft für Baugeschäfte,
:: Sattler und Handlungen. ::

Überverhaltung, Schwindelanfälle,

Herzbelemmungen, Angst- und Schwächezustände
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Broschüre.

Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35,
Potsdamer Str. 104a.

Keine Wanze mehr für 2 Mk.

nur mit Kammerjäger Berg's Neobaal I u. II zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.

Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesehlich geschützt.
Viele Dankschreib. Doppelpack. 2 Mk. Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten.

Alleinverkauf: Drog. C. Huthsteiner, Calw (Ritter-Drog.)

Bei Einbindung von Mk. 2.40 oder Postcheckkonto
Berlin 31 286 portofr. Zus. durch Herm. A. Groesfel, Berlin,
Königsgräberstraße 49.

Habe einen dunkelgrauen

Anzug
u. Ueberzieher
wenig getragen, sowie einige
weiter mittelgrauen

Stoff,

zu Anzug u. Damen-Kostüm
geeignet, preiswert abzugeben.
K. F. Schühle jr., Schneider,
Vorstadt 252.

Hirsau.

Gut erhaltenen schwarzen

Rockanzug

hat abzugeben
Christ. Dittus, Schneider.

Speise- Zwiebeln

treffen nächster Tage ein und
wollen Bestellungen hierauf
sofort gemacht werden.
Abgabe auch sackweise.

Spar- und Consumverein.

Kundenholz zum Schneiden wird nicht mehr angenommen.

Johs. Thener, Sägewerk,
Station Teinach.

Interessante Bücher.
Verzeichnisse gratis und franko.
Abfertigung München 23/70.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsgruppe Calw.

Am Sonntag, den 17. August findet in der Brauerei
Scheidinger von morgens 10 bis 12 Uhr mittags die

Wahl von 2 Delegierten für die 14. ordentliche Verbandsgeneralversammlung in Stuttgart statt.

Die Mitglieder werden ersucht, alle pünktlich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch oder Karte ist mitzubringen, ohne diesen kein
Wahlrecht. Die Ortsverwaltung.

Tanzstunde G. m. b. T.

Sonntag, den 17. August

Tanzausflug nach Liebenzell

zur „Linde“. Einführung gestattet.

H. Fr. Koch, Tanzlehrer.

himbeeren

kauft jedes Quantum

Christian Rüenzien,

Frucht- u. Karmeladen-Fabrik mit Dampftrieb
Sulzbach a. d. Murr.

Mehrere tüchtige

Maurer u. Steinhauer

werden für sofort gesucht.

Fabrikneubau Altburg.

Tüchtige Schreiner

für dauernd gesucht. Wöchentl. Fahrgeld wird
vergütet.

Paul Kay,

Möbelfabrik, Freudenstadt.

Röchin-Gesuch.

In ein Herrschaftshaus wird
eine tüchtige

Röchin,

die gut backen und kochen kann,
auf sofort od. bis 1. September
gesucht. Hoher Lohn und gute
Behandlung. Näheres bei

Fräulein Beil, Calw,
Postgasse 133.

Tüchtiges Zimmermädchen,
welches nähen und bügeln
kann, auf Sept. oder später
in kleinen Haushalt bei hohem
Lohn gesucht.

Frau E. Adler, Pforzheim,
Leopoldstraße 2.

Pforzheim-Brödingen.
Suche auf sofort oder später
ein jüngeres Mädchen zu zwei
Personen.

Zu erfragen bei Fr. Staib,
Brödingen, Mühlstraße 1.

Pforzheim.
Fleißiges, williges
Mädchen
für Küche u. Hausarbeit gesucht
Frau Langmann, Bäckerei,
Mehgerstraße 9.

Anständiges

Mädchen

mit guten Empfehlungen, findet
auf 1. September oder später
Stelle in gutem Hause. Näheres

F. H. Klingensfuß,
Karlsruhe, Karlstraße 119.

Ein tüchtiges, sauberes

Zimmermädchen

welches auch servieren kann,
für sofortigen Eintritt bei hohem
Lohn gesucht. Näheres bei
Otto Schlatterer,
Mehgermeister, Calw.

Für sofort wird ein fleißiges

Mädchen,

nicht unter 18 Jahren, gesucht
Kübler, Mehgererei und
Wirtschaft, Merlingen.

Braves, fleißiges

Mädchen

auf 1. Sept. in gutes Haus,
bei guter Behandlung gesucht.

Fr. Ing. M. Vogel,
Cannstatt, Dennerstr. 70.

Tüchtiges Mädchen

für Küche und Hausarbeit
gesucht.

Frau W. Sus, Eutingen
in Baden.

Mädchen

von 18-20 Jahren für sofort
gesucht. Zu erfragen in der
Geschäftsstelle ds. Bl.

Tüchtiger

Bierführer

kann bis 24. Aug. eintreten, bei
Gottlob Weiß, Bierdepot.